Der Vorsitzende, Bürgermeister Raetz führt aus, dass die Verwaltung mit Nachtrag zur Einladung vom 27.02.2018 um die Erweiterung der Tagesordnung um TOP 6 Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass in der Stadt Rheinbach gebeten habe.

Dadurch verschiebt sich die nachfolgende Nummerierung um eine Nummer nach hinten.

Mit der 1. Ergänzung zur Einladung vom 27.02.2018 wurden ergänzende Unterlagen zu TOP 8.2 (alt 7.2) Bürgerantrag gemäß § 24 der Gemeindeordnung

TOP 8.3 (alt 7.3) Steuerbefreiung für ausgebildete Hunde im Besuchs- und Begleitedienst
Bürgerantrag vom 27.02.2016 sowie Antragsweiterung vom 22.05.2017 betreffend Einrichtung verkehrsberuhigter Maßnahmen in einer Tempo 30-Zone, Neugartenstraße, Rheinbach

nachgereicht.

TOP 8.4 (alt 7.4) Bürgerantrag vom 22.10.2017 (eingegangen 15.11.2017) betreffend Salzstreuen auf dem Beierweg

ist abzusetzen, da er bereits in der Vorberatung im Ausschuss für Stadtentwicklung: Umwelt, Planung und Verkehr abgesetzt wurde.

Mit der 2. Ergänzung vom 02.03.2018 zur Einladung vom 27.02.2018 zu TOP 7.1 Gesamtschule Rheinbach

(alt 6.1) hier: 1. Beantragung einer Mehrklasse für das Schuljahr 2018/2019
2. Antrag der SPD-Fraktion vom 15.02.2018 betr. Raumkonzept
3. Errichtung eines Teilstandortes in Alfter

teilt die Verwaltung mit, dass in der Sitzung des Ausschusses für Schule, Bildung und Sport am 01.03.2018 abweichend beschlossen wurde. Ein Abdruck zum geänderten Beschluss liegt als Tischvorlage vor.

Die 3. Ergänzung vom 05.03.2018 zur Einladung vom 27.02.2018 zu TOP 7.1 Gesamtschule Rheinbach

(alt 6.1) hier: 1. Beantragung einer Mehrklasse für das Schuljahr 2018/2019
2. Antrag der SPD-Fraktion vom 15.02.2018 betr. Raumkonzept
3. Errichtung eines Teilstandortes in Alfter

enthält einen Vorschlag zum Beschluss einer entsprechenden Resolution des Rates.

Zu TOP 8.2 Bürgerantrag gemäß § 24 der Gemeindeordnung
(alt 7.2) Steuerbefreiung für ausgebildete Hunde im Besuchs- und Begleitedienst
hier: Beschluss der 8. Änderungssatzung

hat sich der Haupt- und Finanzausschuss in seiner Sitzung am 19.02.2018 für die Alternative b entschieden.